

Gutachten für den Untersuchungsausschuss zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln

Inhalt

1. Auftrag
2. Informationsquellen des Gutachtens
3. Auswertung Registerdaten in Bezug auf die Fragestellung
4. Einordnung der Anschlagsserie in den Kontext
5. Fazit
6. Anlagen
 - 1) Beispiele vergleichbarer Taten aus anderen Bezirken
 - 2) Anschlagsnächte mit mehreren Tatorten

Gutachterin: Kati Becker

Funktion: Koordinatorin der Berliner Registerstellen

Erstellungszeitraum: November 2022

Kontakt Daten

Berliner Register

Adresse: Sewanstr. 178, 10319 Berlin

E-Mail: kb@berliner-register.de

Projektträger

pad gGmbH

Geschäftsführung: Dr. Wolfgang Drahs; Andreas Wächter

Adresse: Kastanienallee 55, 12627 Berlin

E-Mail: info@pad-berlin.de

Die Koordinierung der
Berliner Register ist ein
Projekt in Trägerschaft
der pad gGmbH.



Die Berliner Register erhalten Fördermittel
des Berliner Landesprogramms
„Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und
Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für
Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.



1. Auftrag

Der Untersuchungsausschuss beleuchtet auf unterschiedlichen Ebenen, weshalb eine Serie extrem rechter Anschläge in Berlin-Neukölln nur unzureichend aufgeklärt werden konnte. Die Koordinierung der Berliner Registerstellen wird die gestellten Fragen aus dem Gutachtauftrag aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Dokumentationsarbeit beantworten.

Fragestellungen an dieses Gutachten

Wie fügen sich die Anschläge in Neukölln im Zeitraum von 2009 bis 2021 in die Historie **rechter Anschläge in Berlin** ein? In welchen weiteren Berliner Bezirken haben Anschläge stattgefunden, die der Serie zuzuordnen sind oder als Verdachtsfälle gelten?

Gibt es Erkenntnisse zu **ähnlichen Taten oder Serien** außerhalb der Neuköllner Anschlagserie im Raum Berlin/Brandenburg?

Welche Annahmen bzgl. der **Täter*innenstrukturen** und konkreten Täter*innen liegen vor und auf welche Erkenntnisse stützt sich das?

In welchen organisierten extrem rechten **Strukturen und Parteien** waren die Tatverdächtigen und ihr Umfeld in Berlin aktiv, insbesondere „Freie Kräfte Neukölln“, „Nationaler Widerstand Berlin“, „NPD Neukölln“? Gab es regelmäßige **Trefforte**? Welche Erkenntnisse hat die Gutachterin auf Tatbeteiligte aus anderen Bezirken Berlins bzw. **anderen Bundesländern** (insb. Brandenburg) an der Straftatenserie?

Welche Erkenntnisse zu **Feindeslisten** gibt es? Welche Erkenntnisse gibt es im Speziellen zu Taten in Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg und Wedding?

Haben oder hatten die Tatverdächtigen oder ihr Umfeld Zugang zu **Waffen, Schusswaffentrainings oder paramilitärischen Trainings**? Gab es Mitgliedschaften in Schützenvereinen oder Bezüge zu rechtsextremen Netzwerken bei der Bundeswehr (bspw. Nordkreuz)?

Gibt es Erkenntnisse zu Verbindungen zwischen den Tatverdächtigen und ihrem Umfeld und dem **NSU-Helfer*innennetzwerk**?

2. Informationsquellen des Gutachtens

Die wichtigste Informationsquelle dieses Gutachtens sind Daten der Berliner Registerstellen. Von 2006 bis 2013 war die Gutachterin Koordinatorin der Registerstelle Treptow-Köpenick.

Bei den Daten der Registerstellen handelt es sich um Vorfälle, die aus unterschiedlichen Quellen stammen. Es gibt Bürger*innen, die Vorfälle melden, die sie im Alltag erlebt oder beobachtet haben. In über 150 Anlaufstellen in der gesamten Stadt werden Meldungen entgegengenommen und später an die bezirkliche Registerstelle weitergeleitet. Bei Anlaufstellen handelt sich um soziale Einrichtungen, Nachbarschaftshäuser, Beratungsprojekte, Parteibüros, Bündnisse und Initiativen. Über soziale Netzwerke wie Twitter, Facebook und Instagram können Vorfälle an die Register gemeldet werden. Über E-Mail, Telefon, die Antidiskriminierungs-App der Landesantidiskriminierungsstelle und über ein Meldeformular auf der Internetseite der Berliner Register werden Meldungen entgegengenommen. Eine weitere wichtige Quelle ist der Austausch von Vorfällen mit anderen Beratungs- und Dokumentationsstellen in Berlin. Aus der Tagespresse, aktuellen Polizeipressemeldungen und eigenen Recherchen im Internet werden weitere Daten gewonnen.

Alle Vorfälle, die in der Datenbank erfasst werden, werden überprüft. Ziel ist es, Falschmeldungen auszuschließen. Möglichkeiten zur Verifikation der Vorfälle sind z.B. Nachfragen bei den meldenden Personen oder Fotografien von Schmierereien und Propaganda.

Die Erfassung der Vorfälle erfolgt seit 2013 nach gleichen Kriterien in allen Bezirken. Vorfälle werden nur erfasst, wenn sie in eine inhaltliche Kategorie der Berliner Registerstellen passen. Inhaltliche Kategorien sind:

- Rassismus
- Antisemitismus
- LGBTIQ*-Feindlichkeit
- Sozialchauvinismus (Feindschaft gegen obdachlose Menschen)
- Feindschaft gegen Menschen mit Behinderung (Ableismus)
- Verharmlosung/Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (Werbung extrem rechter Gruppen, Wahlkampfaktivitäten)
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)
- Antifeminismus (2021 eingeführt)

Alle Vorfälle werden einem Ort, einer inhaltlichen Kategorie und einer Art des Vorfalls zugeordnet, um sie später auswerten zu können. Hinter den Arten von Vorfällen verbergen sich Ereignisse, die im Alltag vorkommen. Ihre Wirkung auf Betroffene oder auf das Klima eines Sozialraums entscheidet darüber in welche Kategorie sie eingeordnet werden. Es folgt eine Übersicht des Kategoriensystems der Berliner Register:

Art des Vorfalls	Definition	Beispiele
Propaganda	Schriftlich formulierte Äußerung bzw. politische Botschaft mit diskriminierendem Inhalt oder einer klar der extremen Rechten zuzuordnenden Aussage, die sich nicht gegen eine konkrete Person richtet	Aufkleber, gesprühte Parolen und Symbole, Flugblätter, Zeitungen, E-Mails und Beiträge in sozialen Netzwerken
Angriff (und massive Bedrohung)	Angriffe richten sich gegen die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Personen. Als Angriffe zählen zudem massive finanzielle Schäden oder psychische Schäden. Alle Vorfälle, die in der Chronik der Opferberatung ReachOut erfasst werden	Körperverletzung und versuchte Körperverletzung, Anspucken, Brandstiftung an PKWs/ Geschäften/ Verkaufsständen, Bedrohung mit Waffen (z.B. Schusswaffen, Messer), Morddrohungen, die eine Person adressieren; massive Bedrohungen sind es dann, wenn sie auf der psychischen Ebene eine existenzielle Wirkung zur Folge haben wie Umzug, Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Schule
Beleidigung/ Bedrohung/ Pöbeleien (mündliche Äußerung)	Mündlich geäußerte politische Botschaften sowie gegen eine konkrete Person gerichtete beleidigende Inhalte	Parolen rufen, Hitlergruß, beleidigende Aussagen
Sachbeschädigung	Eine zielgerichtete Beschmierung, Besprühung, Beschädigung oder Zerstörung einer Fläche oder eines Gegenstandes	Stolpersteine, Denkmäler die beschädigt werden; Schaukästen oder Häuserwände, die besprüht werden, damit der*die Eigentümer*in, Bewohner*in oder Mieter*in dadurch einen finanziellen Schaden erleidet; Beschädigungen an PKWs, Fahrrädern oder Kinderwagen
Veranstaltung	Versammlungen von mindestens drei Personen, die dazu dienen einen der Inhalte zu bewerben, der durch die Register erfasst wird	Kundgebungen, Demonstrationen, Infostände der extremen Rechten; Stammtische und Saalveranstaltungen; nicht angemeldete Aktionen wie Flashmobs, Videodreh, Gruppenbild (z.B. beim Hochhalten eines Transparents); Konzerte
Strukturelle Benachteiligung (seit 2020)	Diskriminierung durch Behörden und Institutionen, die in einer der inhaltlichen Kategorien der Register passt	Racial Profiling; Benachteiligung durch Lehrer*innen, Arbeitgeber*innen, Ärzt*innen, Jugendamt, Jobcenter, Standesamt oder Gesundheitsamt; diskriminierende Auswahlkriterien für Mieter*innen bei der Wohnungsvergabe
Sonstiges	Vorfälle, die keiner der anderen Kategorien zugeordnet werden können	

Die Gutachterin arbeitete ab 2010 im Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, war dort für die Koordinierung der Lokalen Aktionspläne Schöneweide und Treptow-Köpenick zuständig, sowie für das Projekt „Beirat für Schöneweide“. Seit 2014 übernahm die Gutachterin hauptamtlich die Aufgabe die Berliner Registerstellen in allen Bezirken aufzubauen und zu koordinieren. Seit dem Jahr 2014 existieren gemeinsame Kategorien für die Erfassung von Vorfällen bei den Berliner Registern und eine gemeinsame Datenbank.

Vor Beginn der beruflichen Laufbahn studierte die Gutachterin Sozialwissenschaften (ab 2002) in Berlin und beschäftigte sich währenddessen mit den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Im Rahmen der beruflichen Tätigkeit in Berlin-Schöneweide führte die Gutachterin unzählige Gespräche mit Zeug*innen und Betroffenen von Vorfällen. Aus Angst vor Anschlägen am Wohnort erstatteten Betroffene in mehreren Fällen keine Anzeige, sondern suchten lediglich das Gespräch mit der Registerstelle. Hinzu kommen Erfahrungen aus bezirksübergreifenden Vernetzungen, die sich aus der beruflichen Tätigkeit ergaben.

Die Gutachterin führt aus beruflichem Interesse sehr häufig inhaltliche Recherchen durch, bei denen die Erscheinungsformen, Aktionsfelder und Akteur*innen der extremen Rechten in Berlin im Mittelpunkt stehen. Formen der Recherche sind: das Lesen von Presseartikeln und parlamentarischen Anfragen, das Lesen von Polizeimeldungen, Online-Recherchen auf Internetseiten und in sozialen Netzwerken, die Kommunikation mit lokalen Akteur*innen und Melder*innen von Vorfällen sowie die Vernetzung mit Fachprojekten und die Teilnahme an Fachveranstaltungen. Diese Kenntnisse sind notwendiges Hintergrundwissen für die Interpretation der Daten, die die Registerstellen erfassen, und daher tägliche Aufgabe.

3. Auswertung der Registerdaten in Bezug auf die Fragen

Die Berliner Registerstellen haben zwischen den Jahren 2009 und 2021 über 25.000 Vorfälle erfasst. Um die Fragen des Untersuchungsausschusses zu klären, wird nur eine Auswahl an Vorfällen betrachtet, bei denen es sich um Brandstiftungen, Körperverletzungen, Bedrohungen und Sachbeschädigungen gegen politische Gegner*innen handelt. Für die Auswertung der Vorfälle wird auf das Klima eingegangen, aus dem heraus sie entstanden sind.

Die Anzahl an Vorfällen, die sich im Untersuchungszeitraum gegen politische Gegner*innen richteten, liegt bei 2560. Um eine Auswahl vergleichbarer Taten auszuwerten, muss geklärt werden, was die Neuköllner Anschlagserie aus Perspektive der Koordinierung der Berliner Register auszeichnet. Die Kriterien, die dabei betrachtet werden, sind a) Auswahl der Ziele, b) Tatorte, c) potenzieller Täter*innenkreis und d) Art der Tatbegehung.

- a) Auswahl der Ziele: Die Anschläge in Neukölln zeichnen sich dadurch aus, dass die Menschen und Einrichtungen, die betroffen waren, als politische Gegner*innen der extremen Rechten innerhalb dieser Szene bekannt geworden sind. Die Brandanschläge ab 2009 in Neukölln richteten sich bspw. gegen Lokalpolitiker*innen, eine Jugendeinrichtung der „Falken“, ein Café, einen Buchladen, eine Galerie, gegen Engagierte des Aktionsbündnis Rudow¹, der Initiative „Hufeisern gegen rechts“, einen Wagenplatz und gegen Einzelpersonen, deren Wohnhäuser mehrfach beschmiert wurden oder deren Scheiben eingeworfen wurden. In die Auswahl der Vorfälle, die ausgewertet werden, werden daher nur Vorfälle einbezogen, die in der Kategorie „politische*r Gegner*in“ erfasst wurden.
- b) Tatort: Die Anschläge wurden an Wohnhäusern, Kraftfahrzeugen und Einrichtungen begangen. Die ausgewählten Objekte waren als Treffpunkte oder Veranstaltungsorte dafür bekannt, dass sich dort politische Gegner*innen der rechten Szene aufhielten. Im Fall des Buchladens war die Beteiligung an einer Veranstaltungsreihe ausschlaggebend, um ins Visier der Tatverdächtigen zu geraten. Diese Art von Zielen wurden ebenfalls in anderen Berliner Bezirken attackiert. Eine Liste vergleichbarer Taten befindet sich in „Anlage 1“. Der offensichtlichste Unterschied zu vergleichbaren Taten ist, dass der Tatort im Bezirk Neukölln liegt.
- c) Potenzieller Täter*innenkreis: Die heutzutage in der Presse genannten Tatverdächtigen waren Teil eines Personenzusammenhangs, der sich in Zusammensetzung, Anzahl der Personen und dem Setzen eigener politischer Akzente über den Untersuchungszeitraum verändert hat. Die Tatverdächtigen können einem gewaltbereiten, aktionsorientierten Spektrum der extrem rechten Szene Berlins zugeordnet werden, dass 2009 unter dem Label „Nationaler Widerstand Berlin“ oder „Freie Kräfte“ bekannt war. Diesem Personenkreis können die Tatverdächtigen zugeordnet werden. T. übernahm strukturell relevante Aufgaben wie die Mitgliedschaft im Vorstand der NPD-Neukölln¹. T. war zudem im Vorstand eines Vereins, der Räumlichkeiten für die rechte Szene in der Lichtenberger Lückstraße angemietet hatte.² Die Aktivisten der Neuköllner rechten Szene waren in anderen Berliner Bezirken aktiv, sie wechselten ihren Wohnort von Neukölln nach Treptow-

¹ <https://taz.de/Neonazi-muss-in-Haft/!518747/>

² <https://rechtsaussen.berlin/2013/11/einigung-vor-gericht-naziverein-verlaesst-lichtenberg/>

Köpenick und beteiligten sich an Aktionen in Treptow, Lichtenberg, Buch und Neukölln.

- d) Art der Tatbegehung: Es handelte sich um eine Palette von Straftaten, die der Einschüchterung dienten. Neben Morddrohungen, die per Post oder SMS versendet wurden, wurden Kraftfahrzeuge angezündet. Es wurden Briefkästen und Namensschilder beschädigt. In Hausflure und an Häuserwände wurden Drohungen gegen dort wohnende Personen gesprüht. Fenster von Wohnhäusern und Wohnungen wurden mit Steinen eingeworfen, manche mit gefüllten Farbgläsern. Auch Bitumen, eine teerähnliche Masse, die sich nur schwer entfernen lässt, wurde mehrfach verwendet. Auffällig ist das mehrfache Attackieren der gleichen Betroffenen über Jahre. Die Tatverdächtigen fielen bei anderen Aktionsformen auf, die nicht als Anschläge bewertet werden, aber als Arbeit gegen politische Gegner*innen. So fotografierten sie engagierte Personen bei sogenannten Putz-Spaziergängen, die zur Entfernung rechter Propaganda und NS-Symbolik organisiert werden.

In der Auswertung berücksichtigt, werden nur Angriffe (Brandstiftungen und Körperverletzungen), Sachbeschädigungen und Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien für den Zeitraum 2009 bis 2021, die zusätzlich den Taten der Tatverdächtigen der Anschlagsserie ähnlich sind und die sich gegen Menschen richteten, die sich erkennbar gegen die extreme Rechte engagierten. Ab dem Jahr 2014 verübte dieses Spektrum Anschläge auf Personen und Einrichtungen, die die Unterbringung von Geflüchteten unterstützten. Rassistisch motivierte Anschläge, gehen aufgrund der Fragestellung des Gutachtens, nicht in die Auswertung ein, sondern nur Vorfälle, in denen Menschen aufgrund ihres Engagements zur Zielscheibe wurden.

Nach der Durchsicht aller Vorfälle im genannten Zeitraum werden 673 Vorfälle ausgewertet, bei denen

- a) Brandstiftungen an Autos, Wohngebäuden oder Läden vorgenommen wurden,
- b) Hausflure und Briefkästen mit Drohungen beschmiert wurden,
- c) Drohbriefe (u.a. mit Streichhölzern oder Patronenhülsen) an Menschen verschickt wurden, die sich gegen die extreme Rechte engagiert haben,
- d) Menschen von Neonazis attackiert wurden, die einen Bezug zu den Neuköllner Tatverdächtigen haben oder haben könnten (zeitliche, räumliche, organisatorische Nähe oder Umstände der Tat),
- e) Arbeitsstätten oder Treffpunkte von Gegner*innen der extremen Rechten beschädigt wurden (Fenster oder Jalousien beschädigt oder Parolen und NS-Symbolik gesprüht),
- f) die Tatverdächtigen und/oder deren Umfeld vor und nach Demonstrationen Pressevertreter*innen oder Gegendemonstrant*innen körperlich attackieren,

- g) die Tatverdächtigen und deren Umfeld Fotos von „Zielen“ anfertigten, z.T. von Orten und Personen, die bereits von der extremen Rechten attackiert oder bedroht wurden,
- h) Personen, die aufgrund ihres Engagements gegen die extreme Rechte Morddrohungen erhielten.

Vorfälle gegen politische Gegner*innen	Alle	Auswahl nach Kriterien
Angriff	348	246
Bedrohung, Beleidigung, Pöbelei	543	309
Propaganda	1325	-
Sachbeschädigung	248	118
Veranstaltung	79	-
Sonstiges	16	-
Summe	2559	673

*Tabelle 1: zeigt die Anzahl der Vorfälle gegen politische Gegner*innen im Zeitraum von 2009 bis 2021 in ganz Berlin und die Zahl der Vorfälle nach Kriterien*

Die Datenerfassung der bezirklichen Registerstellen beginnt in unterschiedlichen Jahren. Im Jahr 2009 hatten vier Ostberliner Bezirke eine Registerstelle, die alle eine Chronik führten, aber keine gemeinsamen Kategorien für die Erfassung hatten. Seit dem Jahr 2013 existieren diese einheitlichen Kategorien für Vorfälle und eine gemeinsame Datenbank der Berliner Register. Deshalb liegen für den Zeitraum vor 2013 nur Daten aus Treptow-Köpenick vor. Die Vorfälle aus allen anderen Bezirken wurden bisher nicht in der Datenbank digitalisiert, sondern liegen nur als Chroniken vor. Der Aufbau von berlinweiten Registerstellen wurde erst im Jahr 2017 abgeschlossen. Die folgende Tabelle ist deshalb in zwei Zeiträume aufgeteilt, um das Aufkommen von Anschlägen in den Bezirken vergleichen zu können.

Bezirk	2009 bis 2013	2014 bis 2021	Gesamt
Charlottenburg-Wilmersdorf	1	18	19
Friedrichshain-Kreuzberg	1	36	37
Lichtenberg	7	56	63
Marzahn-Hellersdorf	-	91	91
Mitte	-	42	42
Neukölln	-	73	73
Pankow	10	72	82
Reinickendorf	-	5	5
Spandau	-	14	14
Steglitz-Zehlendorf	-	5	5
Tempelhof-Schöneberg	-	1	1
Treptow-Köpenick	87	138	225
Berlin Internet	-	16	16
Gesamt	140	533	673

*Tabelle 2: Verteilung der Vorfälle gegen politische Gegner*innen auf Berliner Bezirke; Eine Erfassung aller Register-Vorfälle nach gleichen Kriterien findet erst seit Ende 2013 statt.*

Im Bezirk Treptow-Köpenick wurden mit Abstand die meisten Vorfälle erfasst, die den oben genannten Mustern entsprechen. Die Ostberliner Randbezirke (Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg) und Neukölln weisen Vorfallszahlen im oberen zweistelligen Bereich auf. Die Innenstadtbezirke (Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf) liegen im unteren zweistelligen Bereich und die Westberliner Randbezirke (Spandau, Reinickendorf und Tempelhof-Schöneberg) weisen kaum Vorfälle auf.

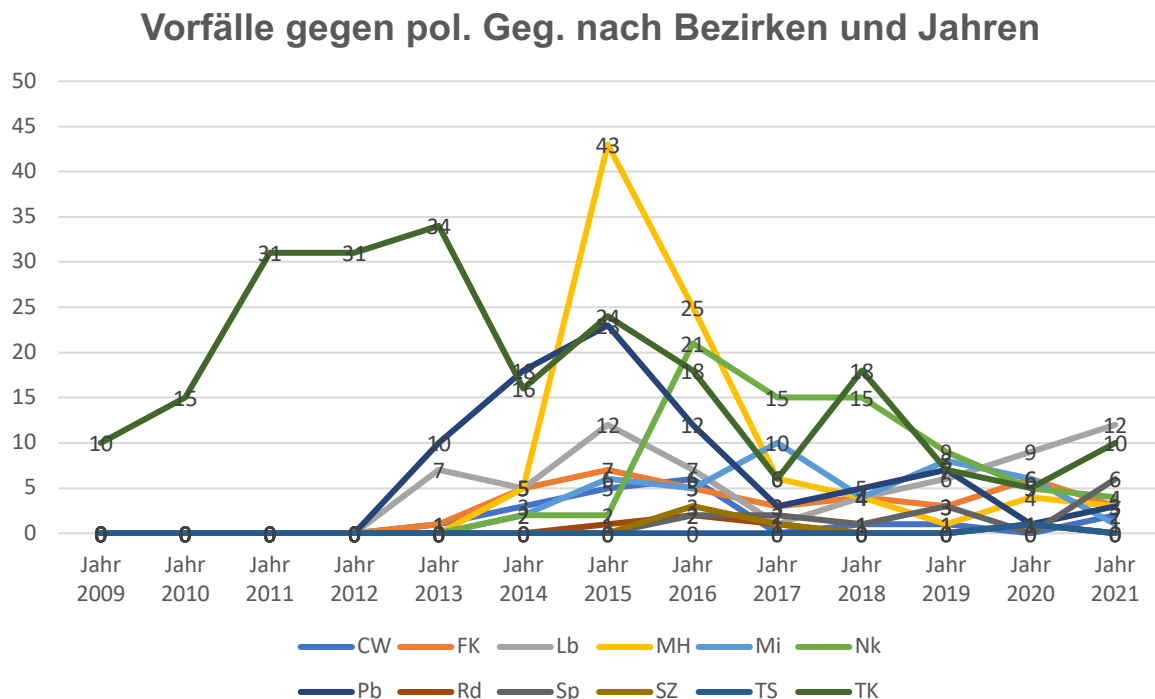


Diagramm 1: Im Jahr 2013 wurde die erste gemeinsame Datenbank der Registerstellen eingeführt. Der hellgrüne Graph zeigt, dass die Anschläge in Neukölln 2016 ansteigen, 2017 und 2018 auf hohem Niveau bleiben und dann abfallen.

Die Abbildung zeigt die Zahl der Vorfälle pro Jahr und Bezirk. Sie beschreibt die Verteilung der Einschüchterungsversuche durch die extreme Rechte in Berlin. In „Anlage 1“ ist eine Auswahl von ca. 80 Vorfällen zu finden, die zeigen, wie ähnlich die Vorfälle, denen aus Neukölln sind. Im Jahr 2009 entstand die Kneipe „Zum Henker“ in Berlin-Schöneweide. Die dort verkehrenden Akteure der extremen Rechten konzentrierten sich von 2009 bis 2013 auf die Bekämpfung ihrer politischen Gegner*innen. Wöchentlich wurden Scheiben eingeworfen, Parolen an Einrichtungen gesprüht, Briefkästen zerstört, demokratisch engagierte Menschen bedroht und auf der Straße verfolgt.

Der dunkelblaue Graph, stellt den Bezirk Pankow dar. Hier waren es vorwiegend Einschüchterungsversuche der extrem rechten Szene gegenüber engagierten Menschen im Ortsteil Buch, die 2014 und 2015 stattfanden. Mit der Eröffnung der ersten Unterkunft für Geflüchtete richteten sich diese Angriffe zusätzlich gegen Menschen, die die Aufnahme von geflüchteten Menschen in einzelnen Ortsteilen der Stadt unterstützten. Dementsprechend hat der große Ausschlag des gelben Graphen für Marzahn-Hellersdorf seine Ursache in den

Aktivitäten der organisierten extrem rechten Szene (z.B. NPD), die sich stark gegen den Zuzug von Geflüchteten im Bezirk richteten. In diesem Zusammenhang fanden Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und andere Angriffe statt, die sich gegen Parteibüros, Initiativen und Einzelpersonen richteten. Sie reichten von Buttersäureanschlägen über Brandstiftung an PKW und Angriffen auf Demonstrant*innen und Vertreter*innen der Presse. Der hellgrüne Graph zeigt die Vorfälle für Neukölln, die erst 2016 ansteigen, zeitlich kurz nachdem Sebastian T. aus der Haft entlassen wurde. Die Reduzierung der Vorfälle im Jahr 2017 in allen Bezirken ist darauf zurückzuführen, dass das Spektrum der extremen Rechten, das für die Anschläge verantwortlich war, mit dem Wahlkampf für die NPD beschäftigt war.

Aus den Daten der Berliner Registerstellen geht außerdem hervor, dass es 18 Nächte gab, in denen mehrere Anschläge verübt wurden. Diese Vorfälle können in „Anlage 2“ eingesehen werden. Aus einigen dieser Beschreibungen von Vorfällen geht hervor, dass **die gleichen Täter*innen von Tatort zu Tatort** ziehen konnten. Zwei Beispiele:

27.06.2016 Neukölln - In der Roseggerstraße wurde in der Nacht zum Sonntag das Fenster eines Wohnhauses eingeworfen. In dem Fenster im ersten Stock hing ein Banner mit dem Slogan "Kein Mensch ist illegal". Verletzt wurde niemand.

In der gleichen Nacht auf Sonntag wurde die Fensterscheibe eines linken Ladenlokals in der Donaustraße mit Pflastersteinen und mit Farbe gefüllten Gläsern eingeworfen. In dem Schaufenster hingen u. a. Plakate und Banner zur Unterstützung von Geflüchteten und räumungsbedrohten, linken Projekten.

Auf das Auto eines Neuköllner SPD-Bezirksverordneten, der sich in Rudow für Geflüchtete engagiert, wurde in der Nacht von Sonntag zu Montag erneut ein Brandanschlag verübt. Es sollen drei Personen beim Wegrennen beobachtet worden sein. Die Fliehenden nahmen einen Weg, der nur ortskundigen Menschen vertraut ist. Schon 2012 gab es einen Anschlag auf das Wohnhaus des SPD-Mitglieds. Eine rechtsextreme Motivation war damals sehr wahrscheinlich.

In der Nacht von Sonntag auf Montag sprühten Unbekannte "Fuck Antifa" und ein Keltenkreuz in einen Hauseingang in der Fontanestraße. Ein am Montagabend angebrachtes Antifa-Plakat, mit dem Bewohner*innen die Schmierereien verdecken wollten, wurde noch am selben Abend zerrissen. (Quelle: Register Neukölln)

06.06.2016 Neukölln - Unbekannte zündeten gegen 2:00 Uhr einen privaten PKW in Rudow an. Das Fahrzeug wurde von dem Brand vollständig zerstört. Da die Fahrzeugbesitzerin sich im Aktionsbündnis Rudow gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit engagiert, ist

von einer extrem rechten Tatmotivation auszugehen.

Gegen 3:00 Uhr morgens warfen Unbekannte aus anti-linker Motivation mit Steinen die Balkontür einer Wohnung ein. Die Wohnung befindet sich im ersten Stock in der Silbersteinstraße. Die Bewohner*innen blieben unverletzt und erstatteten Anzeige. (Quelle: Register Neukölln)

Diese Taten können nacheinander von der gleichen Tätergruppe oder nur einer Person ausgeführt worden sein. Andere Beschreibungen machen jedoch deutlich, dass es sich um **mehrere Personen an unterschiedlichen Orten** gehandelt haben muss, die sich zuvor miteinander abgestimmt haben, um Anschläge zeitgleich zu begehen:

22.08.12 Treptow-Köpenick Um 3:30 Uhr nachts in Adlershof wurde auf das Wohnhaus des Sprechers des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick und Mitglied der BVV Treptow-Köpenick ein Anschlag verübt. Eine Scheibe wurde mit einem Ziegelstein eingeworfen und der Briefkasten mit einem Böller gesprengt. Ebenfalls um 3:30 Uhr nachts wurde erneut die Scheibe der „Ansprechbar“ in Oberschöneweide von einem Unbekannten mit einer Eisenstange eingeschlagen. Zwei Tage zuvor wurde die Scheibe schon einmal eingeschlagen. (Quelle: Register Treptow-Köpenick)

26./27.12.2014 Neukölln/ Treptow-Köpenick Neonazis zünden das Auto eines BVV-Verordneten aus Neukölln an, der sich u.a. gegen rechts engagiert. Zeitgleich wird auch das Auto eines Fotojournalisten in Adlershof angezündet, gegen den Neonazis seit geraumer Zeit im Internet zur Gewalt aufrufen. (Quelle: Register Treptow-Köpenick)

Es ist deutlich geworden, dass es nicht nur in Neukölln, sondern auch in anderen Bezirken Anschläge auf diejenigen gab, die sich gegen die extreme Rechte engagierten. Anschläge, die zu gleichen Uhrzeiten stattfanden, vergleichbare Taten in anderen Bezirken, die Auswahl der Ziele, die Verteilung der Tatorte in der Stadt und der lange Zeitraum, in dem solche Anschläge verübt wurden, weisen darauf hin, dass es sich um eine politische Strategie mehrerer Akteur*innen der extremen Rechten in Berlin handelt.

4. Einordnung der Anschlagsserie in den Kontext

Die Neuköllner Anschlagsserie zeigt beispielhaft, mit welchen Mitteln die extreme Rechte ihre Gegner*innen einschüchtern will. In mehreren Berliner Bezirken wurden über den Zeitraum von 2009 bis 2021 vergleichbare Taten durch die Registerstellen dokumentiert. Im

folgenden Abschnitt werden die einzelnen Fragen des Gutachtens beantwortet. Da es sich um einen Zeitraum von zwölf Jahren handelt, werden nur die wesentlichen Strukturen und Treffpunkte der extremen Rechten, die mit den Neuköllner Anschlägen in Verbindung standen, in einer Grafik veranschaulicht. Es werden an dieser Stelle nur Organisationen und Treffpunkte genannt, zu denen die Tatverdächtigen aus Neukölln enge Kontakte pflegten.

Organisationen und Treffpunkte mit Bezug zum Täter*innenkreis



Organisationen

- Kameradschaft Tor (01-05 verboten)
- Berliner Alternative Südost (03-05 verboten)
- Märkischer Heimatschutz Berlin (04-06 Auflösung)
- Deutsche Gemeinschaft Süd (03-05)
- Aktionsgruppe Rudow (05-10)
- Autonome Nationalisten Berlin (ab 03)
- Nationaler Widerstand Berlin (ab 10)
- Freie Kräfte (ab 05), FKBN (ab 11)
- NPD (06-19)
- Der III. Weg (ab 14 - heute)

Treffpunkte

- Rudower Spinne (03 - 21)
- "Zum Henker", Schöneeweide (09-14)
- NPD-Bundeszentrale (01-heute)
- "L58" Lückstraße, Lichtenberg (11-14)

Wie fügen sich die Anschläge in Neukölln im Zeitraum von 2009 bis 2021 in die Historie rechter Anschläge in Berlin ein? In welchen weiteren Berliner Bezirken haben Anschläge stattgefunden, die der Serie zuzuordnen sind oder als Verdachtsfälle gelten?

Gibt es Erkenntnisse zu ähnlichen Taten oder Serien außerhalb der Neuköllner Anschlagserie im Raum Berlin/Brandenburg?

In dem benannten Zeitraum gab Anschläge, die mit denen im Bezirk Neukölln vergleichbar sind. Sie adressierten Menschen, die sich gegen Neonazis engagierten. Darunter waren Politiker*innen und weitere Personen, die in Bündnissen und Initiativen engagiert waren oder als Journalist*innen von Demonstrationen der rechten Szene berichtet hatten. Betroffen waren nicht nur Personen, sondern auch Orte wie Geschäfte, Veranstaltungsräume und Kneipen, die sich gegen die extreme Rechte positioniert hatten. Die „Neuköllner Anschlagserie“ bestand aus einem Repertoire an Aktionsformen wie Brandanschlägen, Sprühereien, Sachbeschädigungen und Straßengewalt. Vergleichbare Anschläge wurden über mehrere Jahre in unterschiedlichen Bezirken dokumentiert. Die Taten in Neukölln unterscheiden sich von denen in anderen Bezirken dadurch, dass sie zum einen in Neukölln stattfanden und dass es relativ viele Taten in kurzen Zeiträumen waren.

In der Dokumentation der Berliner Registerstellen wurden 673 ähnliche Taten erfasst. Dabei muss beachtet werden, dass in diesen Vorfällen nur Vorfälle gegen politische Gegner*innen in die Auswertung einbezogen wurden, die im Zusammenhang mit den Taten in Neukölln stehen könnten. Es gibt deutlich mehr Attacken auf politische Gegner*innen in Berlin. Hinzu kommt, dass der mutmaßliche Täter*innenkreis weitere politische Themenfelder bearbeitete, wie beispielsweise die Mobilisierung gegen Unterkünfte von Geflüchteten ab Ende 2013. Die gleichen Akteure, die in Treptow-Köpenick, Lichtenberg, Buch oder Neukölln ihren Schwerpunkt auf die Einschüchterung politischer Gegner*innen gelegt hatten, veranstalteten in diesen Bezirken Kundgebungen und Demonstrationen gegen Geflüchtete. Dabei wurden in vielen Bezirken Anschläge auf lokaler Ebene verübt, die dem Muster in Neukölln ähnelten. In der folgenden Tabelle kann man erkennen, dass die Gesamtzahl von Anschlägen gegen politische Gegner*innen zwischen 2016 und 2017 absinkt, in Neukölln aber steigt sie.

Jahr	Berlin	Neukölln
2009	10	-
2010	15	-
2011	31	-
2012	31	-
2013	53	-
2014	56	2
2015	123	2
2016	106	21
2017	50	15
2018	56	15
2019	45	9
2020	53	5
2021	44	4
Gesamt	673	73

Solche Anschläge sind Teil einer politischen Strategie, die von Neonazis selbst als „**Anti-Antifa-Arbeit**“ bezeichnet wird. Ziel ist es politische Gegner*innen auszuschalten, entweder durch Einschüchterung oder durch Gewalt. Die „Anti-Antifa-Arbeit“ umfasst neben Anschlägen auch das Erfassen und Auskundschaften potenzieller Ziele. Die Ergebnisse wurden von der rechten Szene in der Vergangenheit öffentlich in Form von „Feindeslisten“ bekannt gemacht oder nicht veröffentlicht, wie beispielsweise die Liste des NSU. Das Thema „Feindeslisten“ wird im Gutachten der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin behandelt und deshalb in diesem Gutachten verkürzt dargestellt. Die „Anti-Antifa“-Arbeit ist

seit 30 Jahren Bestandteil der Arbeit der extremen Rechten und sie ist keine Berliner Besonderheit. Dies belegen zahlreiche Veröffentlichungen.³ Im Berliner Kontext waren zwischen Mitte der Nuller Jahre bis Mitte der Zehner Jahre einige Akteur*innen der kameradschaftsnahen rechten Szene bekannt dafür, Recherche für die „Anti-Antifa-Arbeit“ zu machen. Zeitweise bildete sie einen Schwerpunkt der politischen Arbeit. Dabei muss eingeschränkt werden, dass nur wenige Akteur*innen der extremen Rechten in Berlin durch „Anti-Antifa“-Arbeit auffielen. Insbesondere bei der Kameradschaft Tor gehörte diese Arbeit zum permanenten Repertoire. Diejenigen, die „Anti-Antifa-Arbeit“ machten, waren Teil eines Personenzusammenhangs von Aktivist*innen aus Lichtenberg, Treptow-Köpenick, Neukölln, Pankow und Marzahn-Hellersdorf, der bis heute eng miteinander vernetzt ist. **Die Gruppennamen änderten sich, allerdings nicht die zentralen Akteure.**

Diese Art von Anschlägen sind in allen Berliner Bezirken zu finden, in denen eine aktive organisierte rechte Szene ansässig war oder ist. Die Neuköllner Tatverdächtigen, insbesondere Sebastian T. waren eingebunden in einen Personenzusammenhang, dessen Organisationsstruktur und Wirkungsmacht sich über die Jahre veränderten. D.h. zu Beginn der Nuller Jahre sammelte sich das aktionsorientierte Personenpotenzial der extremen Rechten in kameradschaftsähnlichen Gruppen, wie der Kameradschaft Tor, der Berliner Alternative Südost und dem Märkischen Heimatschutz. Nachdem diese Gruppen Mitte der Nuller Jahre verboten worden waren oder sich aus Angst vor Verboten selbst aufgelöst hatten, bildeten die extrem rechten Aktivisten Strukturen, die nur sehr schwer oder gar nicht verboten werden konnten.

Brandanschläge

Der erste Brandanschlag im Untersuchungszeitraum wurde auf das Auto der Abgeordneten der Linkspartei Evrim Sommer im Jahr 2010 in Lichtenberg verübt. Die Abgeordnete hatte sich mehrfach öffentlich gegen die Aktivitäten der rechten Szene positioniert. In Neukölln waren bereits zwei Jahre zuvor, im Jahr 2008, die ersten beiden Brandanschläge im Blumenviertel verübt worden. Die beiden Anschläge richteten sich gegen die Wohnhäuser von Familien mit Migrationsgeschichte.⁴ Die damaligen Täter gehörten zum aktiven Kreis der rechten Szene Neuköllns. Im Juni 2011 folgten mehrere Brandanschläge in einer Nacht: auf das Anton-Schmaus-Haus (Neukölln), einen Laden in der Waldemarstraße (Kreuzberg), ein Hausprojekt in der Kastanienallee (Prenzlauer Berg), ein Hausprojekt in der Lottumstraße

³ Siehe <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500760/anti-antifa/> oder <https://correctiv.org/menschen-im-fadenkreuz/2021/06/28/anti-antifa-arbeit-eine-besonders-brutale-strategie-der-neonazis-vor-allem-in-nordbayern/> oder <https://rechtsaussen.berlin/2021/01/anti-antifa/>

⁴ vgl. den Artikel von Esther Lehnert und Matthias Müller (MBR): Was bleibt? Rudow nach den rassistischen Brandanschlägen. In: apabiz und MBR (Hg.): Berliner Zustände 2008. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Homophobie. S. 40-44. Online unter https://rechtsaussen.berlin/files/2017/05/Schattenbericht_2008.pdf

(Prenzlauer Berg) und zwei Fahrzeuge vor einem Hausprojekt in der Wilhelmstraße (Mitte). Im März 2014 wurde das Auto einer Unterstützerin Geflüchteter in Hellersdorf angezündet. Einen Monat später brennt zum ersten Mal das Auto eines Fotojournalisten in Adlershof. Im Dezember 2014 wurden in Adlershof und Rudow je ein weiteres Fahrzeug angezündet. 2016 startet die im Mittelpunkt stehende Anschlagsserie in Neukölln.

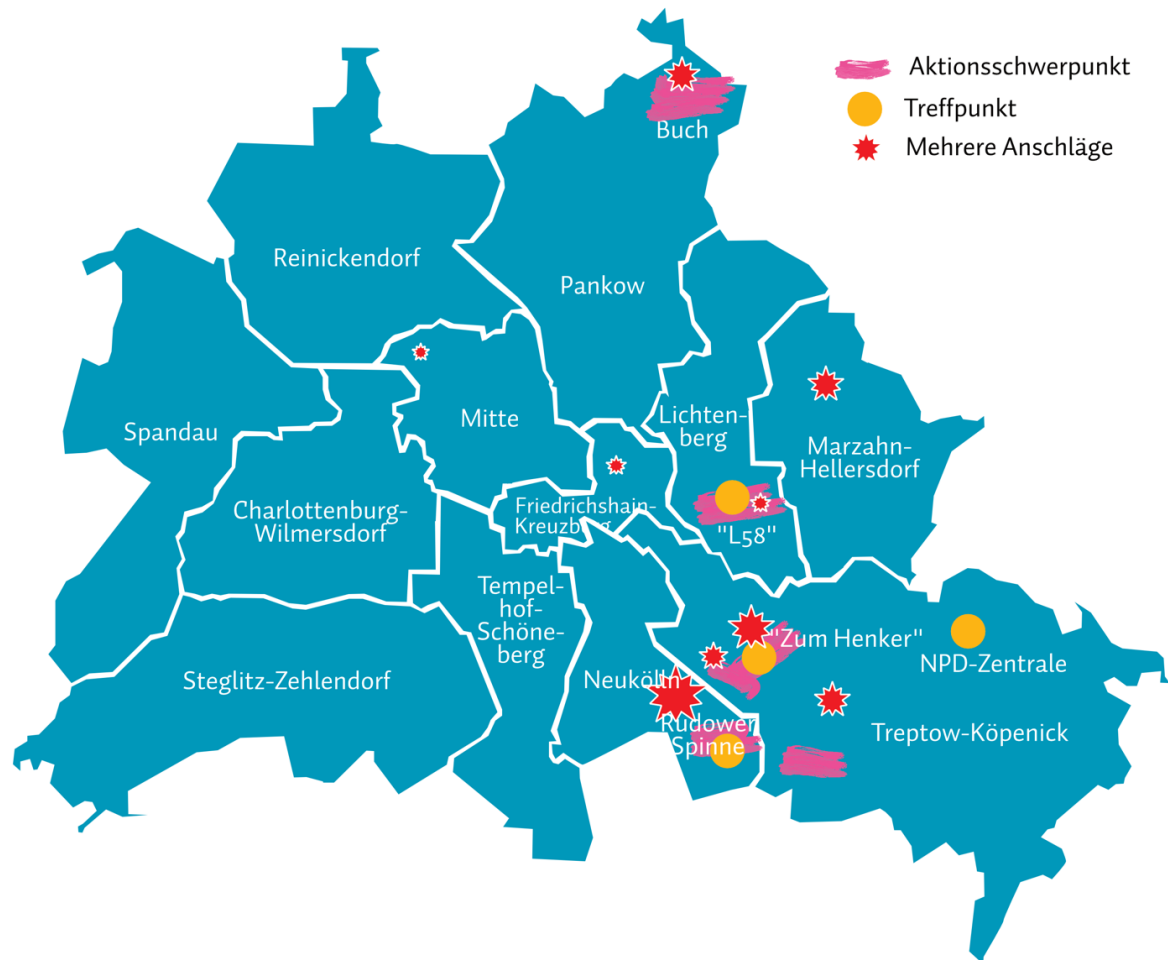


Abbildung 1: Eine Kartendarstellung stellt die räumlichen Aktionsschwerpunkte und die Treffpunkte für den Zeitraum 2008 - 2019 dar.

Welche Annahmen bzgl. der Täter*innenstrukturen und konkreten Täter*innen liegen vor und auf welche Erkenntnisse stützt sich das?

Einige Täter*innen hinterließen an den Anschlagsorten Bekenntnisse in Form von Sprühereien und Aufklebern. So wurden einige Anschlagsziele im Vorfeld mit Aufklebern und Parolen markiert. Oft standen diese in Zusammenhang mit aktuellen Kampagnen der extremen Rechten (z.B. „Für ein nationales Jugendzentrum“, Gedenken an Bombardierung Dresdens, Gedenken an Rudolf Heß). Aus diesen Sprühereien ging hervor, dass es sich um Personen handeln musste, die Sympathien für den „Nationalen Widerstand Berlin“ haben mussten. Auch die Veröffentlichung der „Feindeslisten“ im Internet ließ Rückschlüsse auf diejenigen zu, die die Informationen zusammengetragen hatten. Über Veranstaltungen, die

zuvor von Personen der extrem rechten Szene beobachtet worden waren, wurde später im Internet redaktionell berichtet. Menschen, die in Johannisthal und Schöneeweide attackiert wurden, meldeten sich bei der Registerstelle Treptow-Köpenick und nannten heute Tatverdächtige beim Namen. Aus Presseartikeln ging hervor, dass mindestens eine Hausdurchsuchung bei einem der Tatverdächtigen aus Johannisthal stattgefunden hatte. Dieser war beim Verkleben extrem rechter Propaganda beobachtet worden.⁵ Mehrere Personen aus diesem Teil der Neuköllner oder Treptower rechten Szene sprachen Betroffene mit Hölle auf die Anschläge an und drohten ihnen erneut. Dies geschah zumindest in Treptow-Köpenick. Beispiele unterstreichen diese Beobachtungen:

29.05.2010 Treptow-Köpenick: Am Bahnhof Schöneeweide fand das „Fest für Demokratie und Toleranz – gegen Angsträume“ statt. Immer wieder versuchten Neonazis auf der Veranstaltung zu provozieren, in dem sie mit eindeutig rechtsextremen Symbolen über das Fest liefen, Besucher*innen abfotografierten und pöbelten. Die Polizei verhinderte viele dieser Störversuche im Vorfeld.

05.03.2011 Treptow-Köpenick: In den neuen Räumlichkeiten des Zentrums für Demokratie fand eine Veranstaltung statt. Während dieser Veranstaltung wurden aus einem fahrenden Auto heraus eine Flasche und ein Boller auf die Einrichtung geworfen. Dabei wurde eine heruntergelassene Jalousie getroffen und leicht beschädigt. Nach Beendigung der Veranstaltung wurden die Gäste nach eigenen Angaben beim Verlassen der Räumlichkeiten von Neonazis gefilmt.

04.06.2012 Treptow-Köpenick: Beim Haus der Jugend Köpenick / CAFE, wurde ein Boller in den Briefkasten geworfen, sodass dieser zerstört wurde. An die Wand daneben wurde das Keltenkreuz, die Triskele und der Schriftzug „nw-berlin“ gesprüht. Am Tatort wurde zudem am 04.06. das Portemonnaie eines NPD- und JN-Funktionärs gefunden. (Quelle: Register Treptow-Köpenick)

24.01.2013 Lichtenberg: Während der "Langen Nacht der Politik" im Rathaus Lichtenberg gab es erneut Störungen von Neonazis. Angeführt von David G. und Christian B. versammelten sich ca. acht Neonazis im Rathaus, liefen durch verschiedene Büros und versuchten, Infomaterial gegen rechts zu stehlen. Eine Veranstaltung, bei der sich ein neues Wohnprojekt in Lichtenberg vorstellte, wurde von den Neonazis abgefilmt.

⁵https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/10/24/nach-gewaltaufruf-hausdurchsuchung-bei-berliner-neonazis_10311

<https://www.bz-berlin.de/archiv-artikel/polizei-stellte-1500-nazi-aufkleber-sicher>

24.05.2015 Pankow: Während der Kundgebung zum Gedenken an Dieter Eich im Ortsteil Berlin-Buch, an der sich knapp 60 Menschen beteiligten, kam es zu einer Störung von einem Mann, der zwischen 50-60 Jahre alt war. Als die Teilnehmenden wieder zurück zum S-Bahnhof Buch laufen wollten, kam eine sechs-köpfige Gruppe von Neonazis und fotografierte und bepöbelte die Teilnehmenden von zwei Seiten.

02.04.2016 Marzahn-Hellersdorf: Rechte Anwohner*innen fotografierten Gegendemonstrant*innen im Umfeld einer Neonazi-Demonstration in Hellersdorf und bedrohten und beleidigten sie. Die Fotos wurden im Nachgang teilweise auf neonazistischen Facebookseiten mit diffamierenden Beschreibungen veröffentlicht.

24.04.2021 Treptow-Köpenick: Während die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ am Marktplatz in Adlershof einen Infostand durchführte, versuchte ein Neonazi am Wohnort eines linken Journalisten in Adlershof, Flyer in dessen Briefkasten zu stecken. Der Betroffene stellte den Neonazi zur Rede. Dieser bedrohte ihn daraufhin: „Hat es nicht schon genug gebrannt?“. Da es sich bei dem Neonazi um den Hauptverdächtigen der Anschlagsserie in Neukölln handelte und dem linken Journalisten bereits im Jahr 2014 zweimal das Auto angezündet wurde und seine Adresse von Neonazis veröffentlicht worden war, sowie im April zwei Brandanschläge auf ein linkes Hausprojekt in Spandau verübt worden sind, muss diese Aussage als Drohung interpretiert werden. Als der Journalist daraufhin den Neonazi zum Gehen aufforderte, reagierte dieser mit der Drohung, mit zehn weiteren Personen wiederzukommen. Der Betroffene erstattete Anzeige.

Die aktionsorientierten und gewaltbereiten Akteur*innen der extremen Rechten in Berlin sind nicht nur einer bestimmten Gruppe zuzuordnen. Die Personen, die an Gewalttaten beteiligt waren, hatten Freundschaften, Treffpunkte, Aktionsgebiete und sie waren über gemeinsame Kampagnen mit anderen Personen der rechten Szene in Berlin und anderen Bundesländern verbunden. **Die Anschläge in Neukölln wurden nicht von isolierten „Einzeltätern“ verübt, sondern von gut vernetzten Aktivisten der extremen Rechten, die sich Aufgaben aufteilen konnten und die auf eine gemeinsame Geschichte von mehreren Jahren zurückblickten.**

In welchen organisierten extrem rechten Strukturen und Parteien waren die Tatverdächtigen und ihr Umfeld in Berlin aktiv, insbesondere „Freie Kräfte Neukölln“, „Nationaler Widerstand Berlin“, „NPD Neukölln“? Gab es regelmäßige Trefforte?

Die Personenzusammenhänge und bzw. Gruppen, in denen sich die extreme Rechte im Untersuchungszeitraum zusammenschloss, haben Vorläuferorganisationen. Während in den 90er Jahren bis Mitte der Nuller Jahre noch Organisationsstrukturen mit festen Mitgliedern

üblich waren, wurden aufgrund von Vereinsverböten ab 2006 neue Strategien der Organisierung innerhalb der Berliner extrem rechten Szene angewendet. Man wandte sich zum einen der NPD zu, weil ein Parteiverbot nur schwer umsetzbar gewesen wäire und man entwickelte Labels wie „Autonome Nationalisten“, „Freie Kräfte“ oder „Nationaler Widerstand“, bei denen eine Mitgliedschaft nicht nachweisbar war, so auch in Neukölln.

Akteure bleiben – Strukturen wechseln

Dass die extrem rechte Szene schon Jahre vor dem Untersuchungszeitraum bezirksübergreifend agierte, kann beispielhaft an Demonstrationen der extremen Rechten nachvollzogen werden, die seit 2003 einmal jährlich im Dezember stattfanden und ein „nationales Jugendzentrum“ forderten. Die erste dieser Demonstrationen startete 2003 in Rudow und führt nach Schöneeweide. Die aufrufenden Organisationen waren die damals in Treptow aktive Gruppe „Berliner Alternative Süd-Ost“ und die „Deutsche Gemeinschaft Süd“, ein Neuköllner Zusammenschluss. In den folgenden Jahren 2004, 2005, 2006 und 2007 startete oder endete die Demonstration entweder in Rudow oder in Treptow. 2008 fand sie in Lichtenberg statt und 2009 zum letzten Mal in Königs-Wusterhausen. Diese Demonstrationen wurden bezirksübergreifend durch Kameradschaften oder deren Nachfolgestrukturen organisiert. In dieser Zeit waren die Personen in unterschiedlichen Gruppen aktiv, die z.T. verboten wurden. Dazu gehörten die „Berliner Alternative Süd-Ost“ (Treptow, verboten 2005), die „Kameradschaft Tor“ und deren „Mädelgruppe“ (Lichtenberg, verboten 2005), der „Märkische Heimatschutz“ (Berlin, mehrere Gruppen in Brandenburg, Selbstauflösung 2006). Nach Verboten und Selbstauflösung dieser kameradschaftsähnlichen Gruppen, bildeten sich Zusammenschlüsse unter Titeln wie „Autonome Nationalisten Berlin“ (ANB), „Nationaler Widerstand Berlin“ (NW Berlin, Internetseite ab 2006) oder „Freie Kräfte Berlin Neukölln“ (FKBN) heraus. Sie traten weniger als Gruppen in Erscheinung, sondern als regional verortete Aktionszusammenhänge, die unterschiedliche Bezeichnungen benutzten. Ab 2006 traten Akteur*innen dieses Spektrum zusätzlich in die **NPD** ein. Sebastian T. wurde 2008 in den Neuköllner NPD-Vorstand gewählt. Sebastian S., der in Schöneeweide lebte, zeichnete sich ab 2008 für diverse Aufkleber und Plakate des „Nationalen Widerstands Berlin“ als presserechtlich verantwortlich. Im Jahr 2010 wurde er in den Landesvorstand der Berliner NPD gewählt. Christian S., in Buch verortet, wurde Vorsitzender der NPD in Pankow. Andere Akteure aus den ehemaligen Kameradschaftsstrukturen traten ebenfalls in die NPD ein und unterstützten die Partei in Wahlkämpfen. Die Neuköllner Tatverdächtigen waren Teil dieser Szene.

Dass die NPD und das kameradschaftsnahe Spektrum kaum voneinander zu trennen waren, belegen die Namen von Autor*innen, der 2006 entstandenen Internetseite „nw-berlin.net“. Dort wurden neben Berichten und Terminen für die rechte Szene, Adressen „Linker Läden“

und Profile von Gegner*innen der extremen Rechten veröffentlicht. Bei einem erheblichen Anteil der genannten Personen und Orte wurden Anschläge verübt. Autor*innen nannten sich „Schriftführung“, „npd-berlin“ oder „NBFB“ (Nationalistische Befreiungsfront Berlin). Erste Sprühereien des Nationalen Widerstands Berlin wurden ab 2008 in der Dokumentation des Registers Treptow-Köpenick erfasst. Die Internetseite „nw-berlin.net“ wurde vielfach beworben.



Abbildung 2: Aufkleber dokumentiert am 5.1.2010 am Bahnhof Schöneeweide, presserechtlich verantwortlich S. Schmidtke

Nachdem die extrem rechte Szene über viele Jahre versucht hatte, ein „nationales Jugendzentrum“ zu erstreiten, wurde Anfang des Jahres 2009 die Kneipe „**Zum Henker**“ in Schöneeweide eröffnet. Aus einer parlamentarischen Anfrage (Drucksache 16/13450) ging hervor, dass im Februar 2009 die ersten Verfahren gegen Gäste der Kneipe eingeleitet wurden wegen Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole. Beobachtungen, die der Registerstelle Treptow-Köpenick gemeldet wurden, machten schnell deutlich, dass sich dort Akteur*innen der Berliner extrem rechten Szene sammelten, die gewaltbereit waren und bekannt waren aus den verbotenen Kameradschaften und der NPD. Über Facebook und Myspace veröffentlichten Einzelpersonen aus diesem Spektrum Fotos aus der Kneipe, auf denen eine überregionale Vernetzung schnell deutlich wurde. Nachdem am Sonntag, den 4. Oktober 2009 ein Brandanschlag auf die Kneipe verübt wurde, sammelten sich nur einen Tag später 300 Neonazis aus dem Bundesgebiet zu einer Spontandemonstration in Schöneeweide, um den Anschlag zu thematisieren.

In den Jahren zwischen 2009 und 2013 gab es in Treptow-Köpenick vor allem in den Ortsteilen Johannisthal, Nieder- und Oberschöneweide erhebliche Anstrengungen der extrem rechten Szene, um politische Gegner*innen einzuschüchtern. Das Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, direkt am Bahnhof Schöneweide und die „Ansprechbar“ der Treptow-Köpenicker Jusos waren zum Teil wöchentlich von Anschlägen betroffen. Fanden in diesen Räumlichkeiten Veranstaltungen statt, versuchte die extrem rechte Szene sich Zutritt zu verschaffen, Gäste einzuschüchtern oder zu fotografieren. Wenn die Polizei zum Schutz der Veranstaltungen vor Ort war, wurden Kundgebungen in unmittelbarer Nähe angemeldet. In der NPD-Bundeszentrale und in der Kneipe „Zum Henker“ fanden Schulungen statt und sie dienten der Vernetzung dieses Spektrums. Meldungen aus dieser Zeit unterstreichen die vernetzende Rolle, der beiden Treffpunkte für die extrem rechte Szene.

10. Januar 2010

Im Schulungszentrum der NPD-Bundeszentrale in der Seelenbinderstraße fand ein Art Workshop zum 1. Mai 2010 statt. Die Neonazis planten eine Demonstration am 1. Mai 2010 und bereiteten sich inhaltlich auf den Tag vor.

20. März 2010

In der Kneipe „Zum Henker“ fand eine Solidaritätsveranstaltung statt, bei der sich ca. 80 Personen einfanden. Laut einer Internetseite des Kameradschaftsspektrums, soll es sich um eine Informationsveranstaltung zum 1. Mai 2010 gehandelt haben.

6. Februar 2011

In der Kneipe „Zum Henker“ fand eine Veranstaltung mit mehreren Dutzend Teilnehmer/innen statt. Es handelte sich um eine Schulung zum Thema Verhalten bei Demonstrationen. Während der Veranstaltung wurde auch politisches Informationsmaterial zu politischen Gegnern und zur jährlich stattfindenden Demonstration in Dresden verteilt.

9. April 2011

Laut einer rechtsextremen Internetseite fand in der NPD-Bundeszentrale eine Veranstaltung zum Thema „Tag der deutschen Zukunft“ statt. Dabei handelt es sich um eine Neonazi-Demonstration, die im Juni 2011 in Braunschweig stattfinden soll.

31. August 2011

In der Kneipe „Zum Henker“ hielt der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt eine Wahlkampfveranstaltung ab.

Die Vernetzung zwischen NPD-Berlin und den kameradschaftsnahen Strukturen war zu dieser Zeit sehr eng. Ein weiterer Treffpunkt dieses Spektrums entstand in Lichtenberg. Zu Beginn des Jahres 2011 mietete der Verein „Sozial engagiert in Berlin“ ein Ladenlokal in der Lichtenberger **Lückstraße** an. Zeichnungsberechtigt für den Verein und Mieter dieses Ladens war Sebastian T.⁶ Aus einem Artikel aus dem Jahr 2011 geht zusätzlich hervor: „Bei den übrigen Vereinsmitgliedern handelt es sich, laut Auszug aus dem Vereinsregister, ebenfalls um bekannte Kader der militanten Neonaziszene. Der zweite Vorsitzende des Vereins ist der bekannte Anti-Antifa-Fotograf David G.“⁷ Die Berliner Innenverwaltung bewertet die Anmietung der Räume durch NPD-Kader in einer kleinen Anfrage aus 2013 (17/12096)⁸ wie folgt: „Ein von dem Verein angemieteter Treffort in Lichtenberg hat sich mittlerweile zum logistischen Zentrum für die berlinweiten Aktivitäten des Netzwerkes „Freie Kräfte“ entwickelt. Die Partei stellt hierfür offensichtlich nicht nur ihr Führungspersonal, sondern auch ihr juristisches Know-How und ihre finanziellen Mittel und Strukturen zur Verfügung; nicht zuletzt, um einer Kündigung des Mietverhältnisses entgegenzuwirken.“

Im Jahr 2014 mussten die Lückstraße und die Kneipe „Zum Henker“ schließen.

In den Jahren 2014 bis 2017 beschäftigte sich dieser Teil der extrem rechten Szene mit rassistischen Mobilisierungen gegen die Unterkünfte von Geflüchteten. Dort hatten sie die Möglichkeit ihr rassistisches Weltbild in die Öffentlichkeit zu transportieren und Mitstreiter*innen zu gewinnen, die sich ebenfalls gegen die Unterbringung von Geflüchteten stark machten. Die Anzahl von Anschlägen auf politische Gegner*innen ging in dieser Zeit zurück, außer im Bezirk Neukölln.

Anfang Mai 2016 wurde Sebastian T. von einem Aufenthalt in Haft entlassen.⁹ Nur 12 Tage später wurde ein Brandanschlag auf einen Wagenplatz in Nord-Neukölln verübt. Es folgten im Jahr 2016 weitere 17 Taten bei denen Fahrzeuge angezündet wurden oder Scheiben von Wohnhäusern eingeworfen werden.

Nach erheblichen Stimmverlusten der NPD bei den vergangenen zwei Abgeordnetenhauswahlen (2016 und 2021) und dem Rückzug von besonders aktiven Akteuren, wie Sebastian S., aus der politischen Arbeit in Berlin, hat sich das verbliebene aktionsorientierte und gewaltbereite Spektrum der extrem rechten Szene mittlerweile der Partei **„Der III. Weg“** angeschlossen.

⁶ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neues-neonazizentrum-in-lichtenberg-1944916.html>

⁷ https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/08/24/neues-nazizentrum-in-berlin-lichtenberg_7003

⁸ <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/KIAnfr/ka17-12096.pdf>

⁹ <https://www.morgenpost.de/berlin/article227019759/Die-Neonazis-und-die-verpasste-Chance-der-Ermittler.html>

Im April 2021, nach der Durchführung eines Informationsstandes des „III. Weg“ am Marktplatz Adlershof, suchte Sebastian T. das Wohnhaus eines Journalisten in Adlershof auf, dem mehrfach Autos angezündet worden waren und drohte ihm erneut.

Welche Erkenntnisse hat die Gutachterin auf Tatbeteiligte aus anderen Bezirken Berlins bzw. anderen Bundesländern (insb. Brandenburg) an der Straftatenserie?

Wer mit Sebastian T. und anderen Tatverdächtigen in den vergangenen zwölf Jahren während der Anschlagsnächte in Kontakt stand oder unterwegs war, sollten die Ermittlungsbehörden beantworten. Der Personenzusammenhang, in dem sich die Tatverdächtigen bewegten, war in den aktivsten Zeiten gegen Ende der Nuller bis in die frühen Zehner Jahre um die 100 bis 150 Personen stark. Ein erheblicher Anteil dieser Szene lebte in Berlin-Schöneweide. Aus diesem Kreis an Personen waren 10 bis 20 Personen in der „Anti-Antifa“-Arbeit aktiv. In diesem Personenkreis sind die Tatverdächtigen zu suchen. Wohnorte waren nicht zwingend identisch mit Aktionsorten. Die Akteur*innen der extrem rechten Szene bewegten sich durch die gesamte Stadt und führten Aktionen in unterschiedlichen Ortsteilen durch. Verbindungen dieses Personenzusammenhangs der extrem rechten Szene bestanden in viele andere Bundesländer. Das Hauptbetätigungsfeld waren andere Themen als die „Anti-Antifa“-Arbeit, z.B. rassistische Kampagnen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Welche Erkenntnisse zu Feindeslisten gibt es? Welche Erkenntnisse gibt es im Speziellen zu Taten in Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg und Wedding?

Die Ergebnisse der „Anti-Antifa-Arbeit“ in der Region Berlin/Brandenburg wurden ab 2004 auf einer Internetseite online gestellt, die sich „Anti-Antifa-Network“ nannte.¹⁰ Auf dieser Seite wurden Namen, Fotos und weitere Informationen von Gegner*innen der extremen Rechten veröffentlicht. Aufgelistet waren die Regionen Berlin, Potsdam, Brandenburg, Sachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Die Regionen deuten darauf hin, dass die Berliner rechte Szene mit Aktivisten dieser anderen Regionen vernetzt war. Ab dem Jahr 2011 wurde die Liste politischer Gegner*innen und „linker Läden“¹¹ in Berlin auf der Internetseite nw-berlin.net fortgeführt. Im August 2016 wurden auf der Facebookseite der „Freien Kräfte Berlin-Neukölln“ im Abstand von wenigen Tagen drei Karten mit Anschlagzielen veröffentlicht, die als „linksextrem“ bezeichnet wurden.

¹⁰ <https://web.archive.org/web/20041208163619/libreopinion.com/members/aangermany/menu.html>

¹¹ <https://web.archive.org/web/20120121025658/http://www.nw-berlin.net/2011/05/22/linke-laden-teil-5-neukolln>

Eine Darstellung und Bewertung der Feindeslisten im Untersuchungszeitraum ist im Gutachten der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (vorgelegt am 25.11.2022) enthalten und wird hier deshalb nicht weiter behandelt.

Haben oder hatten die Tatverdächtigen oder ihr Umfeld Zugang zu Waffen, Schusswaffentrainings oder paramilitärischen Trainings?

Aus der Dokumentation der Registerstellen geht nicht hervor, dass im Untersuchungszeitraum durch den Personenzusammenhang („Freie Kräfte“, NPD-Berlin, „Nationaler Widerstand Berlin“) Schusswaffen verwendet wurden, dass Schusswaffentrainings stattgefunden haben oder es paramilitärische Trainings gab.

Gab es Mitgliedschaften in Schützenvereinen oder Bezüge zu rechtsextremen Netzwerken bei der Bundeswehr (bspw. Nordkreuz)?

Es gibt keine Erkenntnisse dazu, die aus den Daten der Registerstellen hervorgehen.

Gibt es zu Verbindungen zwischen den Tatverdächtigen und ihrem Umfeld und dem NSU-Helfer*innennetzwerk?

Kurz nach der Selbstenttarnung des NSU bekundeten Personen der extrem rechten Szene in Schöneweide Sympathien zum NSU, in dem sie Buttons mit der Aufschrift „NSU“ trugen. Während einer antifaschistischen Demonstration am 2. März 2012 riefen Neonazis unter anderem die Parole „Hier regiert der NSU“. Der „NSU“ wurde vereinzelt in verschiedenen Sprühereien bis zum Jahr 2017 aufgegriffen. Da die Berliner Szene gut mit anderen bundesweiten Akteuren der extrem rechten Szene vernetzt war, ist es möglich, dass Kontakte zum Umfeld der NSU-Helfer*innen bestanden.

5. Fazit

Die Anschläge in Neukölln unterscheiden sich von denen in anderen Bezirken dadurch, dass häufig mehrere Anschläge pro Nacht durchgeführt wurden. Hinzu kommt, dass es ebenso Brandstiftungen in anderen Bezirken gab, aber deutlich seltener als in Neukölln. Aktivitäten, die der Einschüchterung politischer Gegner*innen dienten, fanden phasenweise sehr konzentriert statt, wie man in Schöneweide und Johannisthal beobachten konnte, aber die Aktivitäten bestanden aus einem Repertoire an Taten. In Neukölln gab es die meisten Brandanschläge.

Die „Neuköllner Anschlagsserie“ wurde nicht von Einzeltätern verübt, sondern von Personen die einem bestimmten Zusammenhang von Personen angehör(t)en, die aktionsorientiert und gewaltbereit waren.

„Anti-Antifa“-Arbeit, zu der das Ausspähen von Gegner*innen, das Veröffentlichen von Feindeslisten und die Durchführung von Anschlägen gehörten, war nur eines der Aktionsfelder dieser Szene.

Die Personen dieser Szene organisierten sich über die zwölf Jahre des Untersuchungszeitraums in unterschiedlichen Gruppen und Strukturen, mittlerweile ist es die Partei „Der III. Weg“.

Die Ortsteile, in denen besonders viele Aktivitäten gegen politische Gegner*innen stattfanden, zeichneten sich dadurch aus, dass dort Teile dieser rechten Szene lebten und Treffpunkte existierten.

6. Anlagen

- 1) Beispiele vergleichbarer Taten aus anderen Bezirken
- 2) Anschlagsnächte mit mehreren Tatorten